



**NEUE KREISE-  
GRÜNER SCHWUNG!**



“Global denken, kommunal handeln“

Wahlprogramm für unseren neuen Landkreis Salzland

## Inhaltsverzeichnis:

Klima- Umweltschutz und Energiepolitik für die Zukunft <i>„Global denken, kommunal handeln“ im Salzlandkreis.....</i>	3
1. Energieeinspar-Sanierung aller kommunalen Gebäude und Sportstätten .....	3
2. Energiemanagement für alle landkreiseigenen Gebäude zur Senkung des Energieverbrauches und der Betriebskosten .....	3
3. Erneuerbare Energien, die die Abhängigkeit von klimaschädlichen fossilen Energieträgern wie Kohle und Erdöl reduzieren, zunehmend nutzen.....	4
4. Keine neuen Braunkohlekraftwerke und keine neuen Braunkohletagebauegebiete.....	4
5. Beschaffung von Waren und Dienstleistungen mit energiesparenden und regenerativen Kriterien .....	5
6. Elbe-Saale-Flussschutz .....	5
Engagement für Bürgernähe und gegen Rechts .....	6
Für Demokratie, Bürgerrechte und eine bürgerfreundliche Verwaltung.....	7
Bündnisgrüne Verkehrspolitik- Umweltfreundliche Mobilität .....	8
Kinder- und Jugendliche: Bildung Freizeit und Kultur als Zukunftschance!.....	11
Realistisch planen bei sinkenden Einwohnerzahlen.....	11
Grüne Politik bei knappen Kassen .....	12

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - eine Partei, die den Blick konsequent nach vorne richtet – und zwar über eine Wahlperiode hinaus. Das globale Klima und die Artenvielfalt lassen sich nicht durch kurzatmige Politik erhalten.

Bei der Kommunalwahl am 22. April 2007 kommt es darauf an, ein deutliches Zeichen zu setzen. Zu unseren konkreten Anliegen vor Ort setzen wir Schwerpunkte:

- Engagement für die Kommunen und gegen Rechts
- Attraktiver Nahverkehr: Neue Achsen in neuen Kreisen
- Realistisch planen bei schrumpfender Einwohnerzahl

# **Klima- Umweltschutz und Energiepolitik für die Zukunft**

## **„Global denken, kommunal handeln“ im Salzlandkreis**

Wir wenden uns strikt gegen den geplanten Abbau von Braunkohle in der Egelner Südmulde, deshalb sind wir auch dem Aktionsbündnis „Zukunft statt (Braun-)Kohle“ beigetreten. Er würde nicht nur wertvolle Ackerböden, Dörfer und das Landschaftsbild zerstören, sondern auch den Bau weiterer klimaschädlicher Kohlekraftwerke fördern. Erneuerbare Energien hingegen sorgen für einen Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze.

Im Bereich Energie bieten die Möglichkeiten des sog. Einsparcontractings (siehe Punkt 1) für öffentliche Gebäuden große Einsparpotentiale. Dachflächen können für Solarenergieanlagen verpachtet werden, der Bezug von Ökostrom würde ein Zeichen für eine konsequente Energiewende setzen.

### **1. Energieeinspar-Sanierung aller kommunalen Gebäude und Sportstätten**

Das bedeutet konkret:

- bei allen Sanierungen auf gehobene Energiesparstandards achten
- bei Schließung von Gebäuden bevorzugt jene mit niedrigen Energiedämmstandards schließen
- Finanzierung der Energieeinsparmaßnahmen durch private Investoren (Contracting) oder hausinterne Abteilungen (Intracting) und Refinanzierung durch die eingesparten Betriebskosten, um dringend benötigte Mittel, die den öffentlichen Haushalten fehlen, bereit stellen zu können
- Die Landesregierung muss bestehende Hürden für Contracting und sich refinanzierende Budgets zur Energieeinsparung beseitigen. Die Anwendung von bewährten Contracting- Leitfäden für die Vertragsgestaltung (z.B. vom BMU oder den Energieagenturen)

### **2. Energiemanagement für alle landkreiseigenen Gebäude zur Senkung des Energieverbrauches und der Betriebskosten**

Das bedeutet konkret:

- Erstellung eines Energieausweises über den Energiebedarf jedes Gebäudes
- Erstellung eines Energieeinsparkonzeptes zur Ermittlung der Energieeinsparpotenziale unter Angaben der Kosten und der Reduktion klimarelevanter Gase fortlaufende Erfassung von Energieverbrauchskennzahlen für ein Controlling
- Benennung von Energiebeauftragten, die das Energiemanagement – insbesondere das Energiecontrolling – aufbauen, aufrecht erhalten und zu dauerhaft niedrigen Betriebskosten beitragen

- ein Energieeinsparbudget zur Finanzierung von vielfältigen „kleinen“ Energieeinsparmaßnahmen, das aus den bereits erzielten Einsparungen vorangegangener Maßnahmen gespeist wurde
- Landkreise befördern Energieberatungen für Kommunen, Behörden, Betriebe und Haushalte

### **3. Erneuerbare Energien, die die Abhängigkeit von klimaschädlichen fossilen Energieträgern wie Kohle und Erdöl reduzieren, zunehmend nutzen**

Das bedeutet konkret:

- schrittweiser Umstieg der Verwaltung auf Ökostrom
- Anwendung und Nutzung von erneuerbaren Energien in landkreiseigenen Gebäuden (z.B. Solaranlagen oder KWK- Wärme aus Biomasse)
- Unterstützung von Gemeinden, die nach dem Vorbild von Jühnde (Niedersachsen) und Iden (Sachsen-Anhalt) ihre Energieversorgung regional und regenerativ ( z.B. mit Hilfe von Biomasseheizkraftwerken) gestalten wollen
- Unterstützung von privaten Initiativen, die Konzepte regenerativer Energieerzeugung umsetzen wollen durch Bereitstellen von Informationen und kommunaler Infrastruktur, z.B. im Rahmen der Kampagne SolarLokal. Das bedeutet auch Angebot zur Pacht von Dachflächen aller kreiseigenen Gebäude und der Flächen der kreiseigenen ehemaligen Abfalldponien zur Errichtung von Solarenergieanlagen durch Bürgerinnen und Bürger ("Bürgersolaranlagen")
- Beratung für Landwirte zur umweltverträglichen Nutzung von Biomasse, zur Reduktion klimaschädlicher Gase und zur Umstellung auf Ökolandbau
- Repowering von Windkraftanlagen unterstützen - durch den Bau von leistungsstärkeren Anlagen kann die Gesamtanzahl an Rotoren vermindert werden

### **4. Keine neuen Braunkohlekraftwerke und keine neuen Braunkohletagebauegebiete**

Das bedeutet konkret:

- eine klare Absage der betroffenen Landkreise an die Investitionspläne der MIBRAG Beitritt der betroffenen Landkreise und aktive Unterstützung des Aktionsbündnisses „Zukunft statt (Braun-)Kohle“
- aktive Unterstützung all der Gemeinden und Grundeigentümer, die sich gegen
- Probebohrungen zur Erschließung neuer Tagebaue wehren
- Menschen vor dem Verlust ihrer Heimat bewahren, wertvolles Ackerland erhalten, ökologische Schäden vermeiden

## **5. Beschaffung von Waren und Dienstleistungen mit energiesparenden und regenerativen Kriterien**

Das bedeutet konkret:

- Beitritt zur Procura+ Kampagne für nachhaltige Beschaffung, in deren Rahmen Verwaltungen sich europaweit mit anderen Verwaltungen koordinieren und damit ein stärkeres Signal am europäischen Beschaffungsmarkt setzen
- Beschaffung von Ökostrom und effiziente Gebäudesanierung (s.o.)
- bei elektrisch betriebenen Geräten wird auf Effizienzklassen geachtet
- der Einsatz von nachhaltig angebauten, nachwachsenden Rohstoffen wird prioritär behandelt, z.B. durch das Naturplus-Zertifikat bei Baustoffen, das FSC-Zertifikat bei Holzprodukten und den Blauen Engel bei Papierprodukten
- auf Kriterien des fairen Handels bei Kaffee und anderen Lebensmitteln für Kantinen usw. achten, das „Transfair“ Gütesiegel bei Einkäufen beachten

## **6. Elbe- Saale- Flussschutz**

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für einen konsequenten Schutz der Elbe als letzten freifließenden naturnahen Strom in Deutschland und Europa. Der Fluss zieht durch seine einzigartige Fauna und Flora der Ufer, Wiesen und Auenwälder, seine weißen Sandstrände immer mehr Touristen und Erholungssuchende an.

Der Elberadweg war 2005 der beliebteste Radweg Deutschlands. Auch auf dem Wasser steigt nicht die Bedeutung der Elbe als wirtschaftlich attraktive Wasserstrasse, sondern die der touristischen Nutzung.

Bootsfahrten aller Couleur, Flusskreuzfahrten und Elbebadetage erfreuen sich größter Beliebtheit, Tendenz steigend.

Den sanften Möglichkeiten für regionale Wirtschaftskreisläufe, ist ein internationaler Anziehungspunkt und lockt immer mehr BesucherInnen und TouristInnen in unseren Landkreis.

Wir unterstützen das Aktionsbündnis Elbe-Saale in seinen Bemühungen und Aktionen beim Flussschutz und das jährlich stattfindende "Internationale Elbe- Saale- Camp" bei Barby nahe der Saalemündung.

Auch an unseren Flüssen ist der Klimawandel schon längst angekommen. In den letzten Jahren gibt es immer längere Zeiten extremer Wasserstände (Niedrig- und Hochwasser) . Dem gilt es, durch weitere ökologisch sinnvolle Maßnahmen zu begegnen. Ausbaufähig sind Maßnahmen im Bereich des ökologischen Hochwasserschutzes, z.B. Deichrückverlegungsprojekte, Wiederanschluss von Altarmen, Rückgewinnung von Überflutungsgebiet.

Die Bedeutung der Elbe als Wasserstrasse nimmt nicht zuletzt durch den Klimawandel seit 1931 kontinuierlich in ihrer Bedeutung ab.

Güterschiffahrt auf der Elbe und Saale muss sich an den natürlichen

umweltfreundliches Verkehrsmittel, wenn die Flüsse nicht durch weitere Baumaßnahmen zerstört werden. Verschärfte Unterhaltungs- und Ausbaumaßnahmen lehnen wir ab, denn die Sohleerosion der Elbe, maßgeblich verursacht durch Flussbauwerke, hat jetzt schon bedrohliche unreparierbare Auswirkungen. Der Fluss gräbt sich immer tiefer in sein Bett, der Wasserspiegel fällt weiter, Auen fallen trocken. Das Biosphärenreservat und das UNESCO Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich sind gefährdet. Traditionelle Gierseilfähren an Elbe und Saale sind umweltfreundliche Verkehrsmittel, eine touristische Attraktion und sollen (mit an manchen Fährstellen benutzerfreundlicheren Öffnungszeiten) erhalten werden.

Wir lehnen den Bau des Saalekanals bei Tornitz als unsinnige Fehlinvestition und Verschwendung von knapp 90 Millionen Euro Steuergeldern ab. Der Kanal wird die Schifffahrt nicht beleben, denn die Schiffe müssen durch die wasserstandsunsichere Elbe. Den Saalekanal zu planen, heißt den weiteren radikalen Ausbau der Elbe in Kauf zu nehmen und damit den letzten naturnahen freifließenden Fluss und Europas größte Auenwälder unwiederbringlich zu vernichten - ökonomischer Unsinn, ökologischer Wahnsinn!

Wir fordern außerdem:

- Verpachtung kreiseigener Ackerflächen nur unter vertraglichem Verzicht auf Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO)
- Neueinrichtung eines ehrenamtlich arbeitenden Naturschutzbeirats
- Bestellung ehrenamtlich arbeitender Naturschutzhelfer
- Verzicht auf "Brenntage" -> Verringerung der Feinstaubbelastung
- Einführung von Umweltzonen zur Verringerung der Schadstoffbelastung in den Innenstädten, nach derzeitigen Belastungswerten nur in Ascherleben nötig

## **Engagement für Bürgernähe und gegen Rechts**

Gerade die Vergrößerung von Landkreisen durch die Kreisgebietsreform erfordert mehr Bürgernähe und stärkere Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in kommunale Entscheidungen. Sie bedeutet aber auch mehr Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger selbst.

Demokratie geht über die Beteiligung an Wahlen und das Recht auf freie Meinungsäußerung hinaus. Wir wollen, dass alle Menschen sich aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse vor Ort einbringen können und gehört werden.

In immer mehr Städten und Gemeinden engagieren sich Menschen für kommunale Projekte. Viele verfolgen dabei grüne Ziele. Sie begleiten z. B.

in Altstadtvereinen kritisch den Stadtumbau, kämpfen mit eigenen Ideen und Finanzierungsmöglichkeiten für den Erhalt von Bibliotheken, Volkshochschulen und Theatern, bereichern im Kunstverein das kulturelle Leben ihrer Gemeinden und leisten in Sportvereinen einen wertvollen Beitrag zur Jugend- und Sozialarbeit. Wir stützen dieses Engagement und stärken es.

Wir wollen bürgerschaftliches Engagement fördern und mehr Menschen ermutigen sich einzubringen. Dadurch wird mehr Gestaltungsspielraum in der Gesellschaft erreicht. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Verwaltungen verbessern und sie für mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger öffnen. Transparenz und Bürgerbeteiligung beugen Filz und Korruption vor.

Die Auseinandersetzung um eine lebendige Demokratie wird vor Ort gewonnen – oder verloren. Wir schauen nicht weg, wo rechtsextreme Rattenfänger Angst und Schrecken verbreiten. Wir überlassen ihnen auch nicht die Jugendarbeit. Wir ergreifen das Wort, wenn Polizei und Verwaltung auf dem rechten Auge blind sind. Wir werden von den Kommunalverwaltungen die Beteiligung am neugeschaffenen Bundesprogramm für Vielfalt und Toleranz einfordern. Und unser Engagement an den Runden Tischen und in den demokratischen Bündnissen gegen Rechts wird weitergehen.

## **Für Demokratie, Bürgerrechte und eine bürgerfreundliche Verwaltung**

- Kosteneinsparung durch möglichst geringe Anzahl an Ausschüssen des Kreistags
- Stärkung der Fachkompetenz der Ausschüsse gegenüber der Verwaltung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch hohen Anteil an beratenden Gremien in den Ausschüssen des Kreistags und Berufung sachkundiger Einwohner in diese Ausschüsse
- Kostenersparnis durch Verzicht auf Bestellung von Beigeordneten als Vertreter der Landrätin / des Landrats
- Beschränkung der Anzahl der Dezernate auf vier entsprechend den Empfehlungen des Landkreistags, statt der vorgesehenen sechs
- Durchführung von verwaltungsinternen Ausschreibungsverfahren für Dezernenten/Dezernentinnen sowie Amtsleiter/Amtsleiterinnen, also Besetzung der Stellen nach Kompetenz statt nach Proporz
- Verzicht auf "Erbhöfe", niemand der leitenden Beschäftigten hat nach der Kreisfusion Anspruch auf vergleichbare leitende Positionen
- Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzepts zum planvollen Abbau des Personalüberhangs nach der Kreisfusion und zur planvollen Weiterentwicklung des Personals

- Bestellung von ehrenamtlich arbeitenden Ausländerbeauftragten
- Veröffentlichung von Bekanntmachungen zusätzlich zur Veröffentlichung im Amtsblatt auch im Internet
- Veröffentlichung der Inhalte der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Kreistags und seiner Ausschüsse auch im Internet
- Verpflichtung der Verwaltung auf eine bürgernahe Verwaltungssprache bei Schreiben an Bürgerinnen und Bürger
- Ausbau des Bürgerservices im Internet, d.h. Behördengänge online erledigen können, dazu gehört auch das Vorhandensein aller Anträge zum Herunterladen im Internet
- Gebäude des Landkreises barrierefrei gestalten z.B. Auffahrampen für Rollstuhlfahrer und/ oder Treppen/Stufen vor selbigen mit Handläufen versehen usw.

## **Bündnisgrüne Verkehrspolitik- Umweltfreundliche Mobilität**

Busse und Bahnen bilden für viele Menschen in Sachsen-Anhalt das Rückgrat der Mobilität. Viele Schülerinnen und Schüler aber auch Berufspendlerinnen und -pendler nutzen sie täglich, andere nutzen sie gelegentlich und die meisten wissen den öffentlichen Nahverkehr als Garant für Mobilität zu schätzen, wenn einmal Auto oder Fahrrad ausfallen.

Neben dem Komfort, gefahren zu werden, sind die steigenden Öl- und damit Spritpreise ein Grund, den Öffentlichen Personen- und Schienennahverkehr stärker zu nutzen. Autos bleiben stehen, wenn Menschen in Bussen und Bahnen auch günstig mobil sein können.

Doch die Qualität von Bus- und Bahnverkehr unterscheidet sich in Sachsen-Anhalt von Kreis zu Kreis drastisch – und damit auch die Zahl der Fahrgäste. Während in den Großstädten, aber auch im Harz ein dichtes Angebotsnetz besteht, sind andere Teile des Landes ohne Auto kaum erreichbar. Das Erfolgsrezept für den ÖPNV sieht dabei immer ähnlich aus: Menschen wollen Bus- und Bahnlinien, die regelmäßig bedient werden und auch abends noch verfügbar sind. Fahrzeuge und Haltestellen sollen attraktiv sein und einen kundenfreundlichen Service bieten. Bei der Aufstellung der Nahverkehrspläne in den neuen Landkreisen sind verlässliche Achsen gefragt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr solcher Achsen. Dazu wollen wir bestehende Linien zu attraktiven Angeboten ausbauen und neue Achsen schaffen. Dabei lassen wir uns nicht von dem Motto vieler Busunternehmer „Mehr Verkehr – mehr Zuschüsse“ leiten, sondern nutzen

die Chancen des Wettbewerbs. In Sachsen-Anhalt ist bisher nur der Landkreis Wittenberg diesen mutigen Schritt gegangen. Wir wollen die Erfahrungen anderer Länder und Regionen sorgfältig beobachten und davon lernen. Wir setzen uns auch für Tarif- und Verkehrsverbünde und für bessere Information über die Angebote des ÖPNV ein.

Aber auch außerhalb dieser Achsen wollen wir niemanden im Regen stehen lassen. Wenn nur wenige Menschen selten ein Angebot benötigen, sind Rufbusse oder Anrufsammeltaxen das richtige Mittel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Rufbussysteme und andere flexible Angebote einzusetzen. Die Schließung vieler Schulen hat zu langen Fahrzeiten für Schülerinnen und Schüler geführt. Um sie zu minimieren, können Schülerinnen und Schüler besser mit Rufbussen und Taxen gefahren werden.

Ein großes Problem sind in diesem Zusammenhang die Fahrtkosten, die ab der elften Klasse von den Familien selbst zu tragen sind und pro Kind im Schnitt 60-80 EUR im Monat betragen. Damit werden zusätzliche Hindernisse für Kinder von Geringverdienenden beim Zugang zu höherer Bildung errichtet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern das Land auf, das Schulgesetz entsprechend zu ändern, wir fordern die Kreise auf, diese Veränderung einzufordern, um die Kosten übernehmen zu können.

Klare Ziele für attraktive Verkehrspolitik in unserem Kreis:

- Verlagerung des Verkehrs auf den Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr
- Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs mit effizienterem Einsatz der öffentlichen Mittel durch Einführung von Wettbewerb nach dem Vorbild des Landkreis Wittenberg
- Nutzung von energiesparsamen Fahrzeugen im kommunalen Fuhrpark und im Nahverkehr Einsatz von Fahrzeugen, die mit Pflanzenöl oder Biogas betrieben werden Subventionen für den Autoverkehr abbauen:
- Parkgebühren sollen mindestens kostendeckend erhoben werden.
- Unterstützung, Förderung und weitere Bekanntmachung von Car-Sharing- Initiativen.
- Kommunen sollten zentrale Stellplätze kostenlos zur Verfügung stellen und Car- Sharing nutzen z.B. auch Anlegen von Parkplätzen in der Nähe von Anschlussstellen der A 14 und der B 6n zur Förderung der Bildung von Fahrgemeinschaften
- Neuaufstellung eines Nahverkehrsplans. Damit die Busliniennetze nach der Fusion zusammenwachsen und der Parallelverkehr zu Bahnstrecken durch Busse eingedämmt wird, um so den Bestand des Personenverkehrs auf den Bahnstrecken auch langfristig zu sichern.
- Kündigung des Vertrags zur Erarbeitung eines Nahverkehrsplans für den Noch-Landkreis Aschersleben-

- Staßfurt, dieser ist gerade in der Ausschreibung. Wir brauchen einen Nahverkehrsplan für den gesamten Kreis
- Vergabe des Busverkehrs in Linienbündeln (aus stärker und schwächer frequentierten Buslinien) im Ausschreibungswettbewerb bei Vorgabe hoher Standards, daraus ergibt sich Kosteneinsparung bei Erhaltung vorhandener hohen Standards. Die Einsparungen sollten zur Finanzierung von Verbesserungen des Fahrtenangebots verwendet werden.
  - Einrichtung eines ehrenamtlichen Nahverkehrsbeirats unter Einbeziehung von Fahrgastverbänden, Gewerkschaften und Fremdenverkehrsverbänden
  - Forderung an das Land nach langfristiger Erhaltung des Personenverkehrs auf den schwach frequentierten Bahnstrecken Bernburg-Könnern, einschließlich noch fehlender Ausbau im Bahnhofsbereich Könnern. Sowie Bernburg- Nienburg- Calbe Ost, einschließlich Bau der geplanten Verbindungskurve in Richtung Schönebeck mit dem Ziel durchgehender Bahnverbindungen von Bernburg nach Schönebeck sowie von Bernburg nach Halle
  - Erarbeitung eines Konzeptes für straßenbegleitende Radwege entlang von Kreisstraßen und dessen Umsetzung bei Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen
  - Einführung flexibler Bedienungsformen im Buslinienverkehr wie Ausweitung des Anrufverkehrs, Richtungsbandbetrieb, Ausstiegsmöglichkeiten auch zwischen Haltestellen, zum Ausbau des bestehenden Fahrtenangebots, nicht zu dessen Reduzierung
  - Erhalt der Elb- und Saalefähren
  - Verzicht auf Ausbau von Elbe und Saale sowie Verzicht auf Neubau des Saalekanals
  - Einsetzen von barrierefreien (Niederflur-)Bussen. Das bedeutet keine Reisebusse als Linienbusse. Aufgrund ihrer hohen Einstiege sind diese gerade für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen beschwerlich. Hier sollten die Interessen der Fahrgäste über denen der Unternehmen stehen und solche Vorgaben muss der Landkreis als Aufgabenträger für den Straßenpersonennahverkehr machen.
  - Fuß- und Radverkehr sind die umweltfreundlichsten Fortbewegungsmöglichkeiten. Wir treten für eine umfangreiche Förderung des Fuß- und Radverkehrs ein. Insbesondere sind die Schaffung von zwischengemeindlichen Verbindungen -Radwege- in den neuen Verwaltungsgemeinschaften zu fördern. Elbe- und Saale-Radweg sind hierbei von besonderer touristischer Bedeutung und gehören gepflegt und beworben.

## **Kinder- und Jugendliche:** **Bildung, Freizeit und Kultur als Zukunftschance!**

Grüne Kommunalpolitik zielt auf den Erhalt schulischer Infrastruktur vor Ort. Auch unterstützen wir die Öffnung der Schule nach außen. Kultur, Kunst und Sport sind wesentliche Elemente einer menschlichen Lebensgestaltung. Unsere Kommunen brauchen eine lebendige Kulturszene. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb etablierte Kultureinrichtungen unterstützen und erhalten. Sie dürfen nicht Opfer leichtfertiger Haushaltssanierungen werden.

Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendclubs etc. ein. Die Beteiligung unserer Kinder- und Jugendlichen ist dabei unverzichtbar, nur wenn die Schülerinnen und Schüler durch Jugendbeteiligung aktiv mitbestimmen dürfen, kann es eine vernünftige Planung geben. In der Praxis bedeutet dies, dass der Kreisschülerrat von Kreistagsabgeordneten und vom Schulverwaltungsamt unterstützt werden muss. Nur gelebte Demokratie kann das Demokratieverständnis der Kinder- und Jugendlichen stärken.

Die Bildung eines sog. Kinder- und Jugendparlamentes als „Jugendkreistag“ ist sehr zu begrüßen, kann aber nur unter der vollen aktiven Unterstützung der Abgeordneten des Kreistages zum gewünschten Ergebnis der Jugendbeteiligung führen. Die Erfahrungen aus dem Altkreis Aschersleben- Staßfurt und dem dortigen Versuch eines Kinder- und Jugendparlamentes sind zu beachten. Es darf kein „Konkurrenzgremium“ zum Kreisschülerrat und auch kein „Alibi-Jugendparlament“ entstehen.

## **Realistisch planen bei sinkenden** **Einwohnerzahlen**

Die Städte und Gemeinden unseres Landes sind stark von den Auswirkungen sinkender Bevölkerungszahlen betroffen. Wohnungsleerstand auf der einen, Zersiedelung auf der anderen Seite sind ein Beleg dafür.

Wir wollen Städte und Gemeinden in den Landkreisen als vitale und menschenfreundliche Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsstandorte für alle Generationen festigen und dem Natur- und Landschaftsverbrauch wehren.

Die Planungen für Städte und Gemeinden muss endlich von realistischen Prognosen ausgehen. Umbau von Problemgebieten, attraktive Grün- und Freiflächen, weniger Verkehrs-, Lärm- und Unfallgefahren, z.B. durch Tempo-30-Zonen in Wohngebieten, sind Chancen im notwendigen Umbauprozess. Für uns haben FußgängerInnen, RadfahrerInnen und der ÖPNV in Städten und Gemeinden Vorfahrt.

Realistische Prognosen müssen auch Grundlage für Planung und Betrieb der netzgebundenen Infrastruktur sein. Wir wollen erreichen, dass die Versorgung

mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Abwasser dem tatsächlichen Bedarf entspricht und damit bürgerfreundlich und kostensparend geregelt wird.

Bei der Stadt- und Dorfentwicklung muss die Qualität der sozialen Infrastruktur gesichert werden. Dabei schauen wir nicht nur auf prestigeträchtige Einzelprojekte, sondern auf die Gesamtheit der vorhandenen sozialen und kulturellen Einrichtungen und Initiativen. Gerade in größer werdenden Landkreisen müssen sich Städte und Gemeinden bei den Versorgungs-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen besser abstimmen. Unser Ziel muss es sein, Schule als Mittelpunkt kommunaler Entwicklung zu erhalten und ggf. auszubauen. Bildung ist die Zukunftsressource und ohne Bildungseinrichtungen gibt es keine kommunale Zukunft. Grüne Kommunalpolitik zielt auf den Erhalt schulischer Infrastruktur vor Ort. Wir unterstützen die Öffnung der Schule nach außen.

Kultur, Kunst und Sport sind wesentliche Elemente einer menschlichen Lebensgestaltung. Gleichzeitig steigern sie die wirtschaftliche Attraktivität eines Standorts. Unsere Kommunen brauchen eine lebendige Kulturszene mit Theatern, Ausstellungen, Bibliotheken und Kleinkunst. Wir wollen daher kulturfördernde Vereine wie auch etablierte Kultureinrichtungen unterstützen und gemeinsam Wege suchen, diese zu erhalten und effizient zu bewirtschaften. Sie dürfen leichtfertigen Haushaltssanierungen nicht zum Opfer fallen.

Nachhaltige Städte- und Regionalplanung setzt auf das Bauen im Bestand. Der Verbrauch von Natur und Landschaft für fragwürdige Neuansiedlungen oder Neubauten trifft auf hartnäckigen Widerstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir setzen uns in den Kommunen gegen Flächenverbrauch und für ein kommunales Bodenmanagement ein.

## **Grüne Politik bei knappen Kassen**

Gekürzte Landeszuweisungen, fehlende Einnahmen und erhöhte Ausgaben (speziell im Sozialbereich) machen es unumgänglich, die Finanzpolitik in den Kommunen völlig neu zugestalten. Die Kommunen müssen immer neue Aufgaben übernehmen, ohne eine höhere Finanzausstattung zu erhalten.

Viele Kommunen in Sachsen-Anhalt stecken in einer Finanzkrise. Die verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltung steht in der Mehrzahl der Landkreise auf dem Spiel. Sowohl der Landkreistag als auch der Städte- und Gemeindebund klagen eine grundlegende Verbesserung der Finanzausweisungen bei der CDU/SPD-Landesregierung ein.

Die Landkreise haben keine eigenen Einnahmequellen und sind daher auf die Kreisumlagen aus den Städten und Gemeinden angewiesen. Viele Kommunen haben damit Probleme, weil zu große Investitionen in den letzten Jahren für viele Jahre die Gemeindehaushalte belasten. Nach Erledigung der so genannten Pflichtaufgaben (z.B. Sozialausgaben, Schulen, Abfallentsorgung usw.) bleiben meist nur ein bis zwei Prozent im Haushalt für „freiwillige Aufgaben“ übrig (z.B. Kunst, Kultur, Vereine usw.).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich der schwierigen Finanzsituation mit folgender Strategie: Die knappen zur Verfügung stehenden Mittel müssen

zunächst sorgfältiger beplant und ausgegeben werden. An der Planung der Haushaltsmittel wollen wir Bürgerinnen und Bürger in Anhörungen zur Haushaltsplanaufstellung aktiv beteiligen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass anhand von nachvollziehbaren Kriterien Prioritäten gesetzt werden. Beispielsweise hat die Sanierung von Schulgebäuden und Kindertagesstätten Vorrang vor anderen Investitionen, vor allem vor Straßenbauprojekten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen erreichen, dass die Haushaltssystematik von freiwilligen und verpflichtenden Aufgaben neu durchdacht wird und dass kulturelle Aufgaben – z.B. Bibliotheken - zu Pflichtaufgaben gemacht werden. Wir wollen aber ebenso erreichen, dass die Entwicklungspotenziale in Stadt und Land konsequent genutzt und Chancen nicht vertan werden. Die Tourismuswirtschaft wird trotz wachsender Zahlen immer noch sträflich vernachlässigt. Hier gibt es entwicklungsfähige Einnahmequellen für die Kommunen. Dabei kommt es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf einen naturnahen und nachhaltigen Tourismus an, ob im Nationalpark Harz, in den Naturparks oder an Saale und Elbe. Mit dem Eintreten für alternative, umweltgerechte Technologien oder der Stärkung der Schul- und Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine mittel- und langfristig tragfähige Strukturentwicklung ein.

Wir - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - stehen wie keine andere Partei für einen ökologischen und somit klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, für Bürger- und Menschenrechte und für eine realistische und solidarische Sozialpolitik.

Zur Kommunalwahl am 22. April 2007 haben Sie die Chance zu einer anderen Politik!

Die neuen Landkreise und Städte brauchen in ihren Räten eine Kraft, die kritisch nachfragt und kontrolliert, die weitere Prestigeprojekte und fragwürdige Vorhaben entlarvt, die auf Nachhaltigkeit, Bürgernähe und ökologisch ausgerichtete Kommunen setzt!

Wir wollen mit Fraktionsstärke in den neuen Kreistag des Salzlandkreises - dafür brauchen wir Ihre Stimme!

Bei der Kreistagswahl am 22. April haben Sie übrigens vier Stimmen. Eine Stimme für eine Landrätin oder einen Landrat Ihrer Wahl und drei Stimmen direkt für Kreistagesabgeordnete. Das bedeutet für sie drei Kreuze für unsere Kandidatinnen und Kandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bei Fragen zum Wahlprogramm oder zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden Sie sich einfach an uns: Wir sind für Sie da!

Kreisverband Salzland  
c/o Roman Binder  
Steinstraße 31  
39418 Staßfurt  
Tel. 03925/949443  
[www.Gruene-Salzlandkreis.de](http://www.Gruene-Salzlandkreis.de)